



EUROPÄISCHE KOMMISSION
Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration

Beschäftigung und soziale Gesetzgebung, Sozialer Dialog
Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen

Brüssel, den 25. November 2011

**PRIVATE SICHERHEITSDIENSTE
VOLLSITZUNG VOM MITTWOCH, DEN 23.11.2011
ENTWURF DES PROTOKOLLS**

Anwesende:

Arbeitgebervertreter:

1. Herr Martin Altorfer, VSSU, Schweiz
2. Herr Bill Brown, SCI, Irland
3. Herr Eduardo Cobas Urcelay, APROSER, Spanien
4. Herr Dusan Davidovic, NCPSC, Serbien
5. Herr Claude Lévy, SNES, Frankreich
6. Herr Marcus Lindstrom, ALMEGA, Schweden
7. Herr Francis Ravez, ESTA, Belgien
8. Frau Christina Sarraf, VSO, Österreich
9. Frau Leen Van Sand, CoESS, Belgien

Gewerkschaftsvertreter:

1. Herr Stefan Andreasson, Schwedische Transportarbeitergewerkschaft, Schweden
2. Herr Jesus Arroyo, FeS-UGT, Spanien
3. Herr Ron Boltong, FNV Bondgenoten, Niederlande
4. Frau Maya Braeckman, ABVV, Belgien
5. Frau Laila Castaldo, Sekretariat UNI Europa
6. Herr John Dybart, Serviceforbundet, Dänemark
7. Herr David Gigg, GMB, VK
8. Herr Arno KARU, TAU, Estland
9. Herr Pal Kövago, VSZSZ, Ungarn
10. Herr Leonardo Menegotto, FILCAMS-CGIL, Italien
11. Herr Ton Neijenhuijs, FNV Bondgenoten, Niederlande
12. Herr Owen Reidy, SUPTU, Irland
13. Frau Yolanda Reus, FNV Bondgenoten, Niederlande
14. Herr Sándor Szabo, VSZSZ, Ungarn

Europäische Kommission/GD EMPL:

Frau Nataša Kokić
Herr Norbert Schöbel

Der vorgeschlagene Entwurf der Tagesordnung für die Sitzung wird mit geringfügigen Änderungen (geänderte Reihenfolge der Tagesordnungspunkte) angenommen. Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

1. Verordnung über den gewerbsmäßigen grenzüberschreitenden Straßentransport von Euro-Bargeld zwischen den Mitgliedstaaten des Euroraums: aktueller Stand

Die Verordnung ist angenommen worden und somit in allen Mitgliedstaaten rechtsverbindlich¹. Aufgrund der kurzfristigen Ankündigung dieser Sitzung ist es der GD ECFIN nicht möglich, daran teilzunehmen. Die Sozialpartner äußern ihr Bedauern darüber, dass kein Vertreter der GD ECFIN anwesend ist.

Fazit: Falls UNI Europa und CoESS präzise Fragen zu dieser Verordnung haben, wird die GD EMPL die GD ECFIN konsultieren und die Sozialpartner darüber informieren.

2. IBNS: Fragen des Arbeitsschutzes – Informationen aus den skandinavischen Ländern

Herr John Dybart (Dänemark) berichtet über den aktuellen Stand im Bereich des Arbeitsschutzes in Dänemark. In Schweden und Dänemark wurden Studien durchgeführt, die gezeigt haben, dass Tinte, die bei Geldtransportdiensten in Banknotenbehältern benutzt wird, um die Banknoten bei Angriffen oder Raubüberfällen zu zerstören, potenziell schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Arbeitnehmer hat. Um zu ermitteln, ob es in anderen europäischen Ländern, die ebenfalls über ein Banknoten-Neutralisierungssystem verfügen, die gleichen Bedenken gibt, könnte es nützlich sein, eine Untersuchung auf europäischer Ebene durchzuführen.

Francis Ravez (Belgien) erläutert die Situation in Bezug auf das Banknoten-Neutralisierungssystem. Das System ist in der Branche weit verbreitet. Seine Anwendung erfolgt auf freiwilliger Basis oder ist verpflichtend (wie in Schweden und Belgien). Es gibt zwei grundlegende Arten von Tinten: Die eine wird von einem schwedischen Unternehmen (SQS) hergestellt und ist nicht problematisch; das andere, weit verbreitete Tintenerzeugnis wird vom Schweizer Unternehmen SICPA hergestellt und beinhaltet unter anderem MMP. Da MMP 2005 als giftiger Stoff eingestuft wurde, hat der Hersteller SICPA ihn durch einen anderen Bestandteil ersetzt.

Fazit: Da die Auffassungen der Sozialpartner in dieser Frage etwas auseinandergehen, werden keine gemeinsamen Folgemaßnahmen (von UNI Europa und CoESS) ergriffen werden.

3. Arbeitsprogramm 2012/2013

Auf der Sitzung des erweiterten Sekretariats vom 26. Oktober 2011 sind wichtige Themen des Arbeitsprogramms vereinbart worden. CoESS hat einen Entwurf erstellt und UNI Europa hat dazu Anmerkungen formuliert, die von Laila Castaldo (UNI Europa) erläutert werden. Sie schlägt einige Änderungen im Zusammenhang mit der Prioritätensetzung vor. CoESS stimmt den meisten Vorschlägen von UNI Europa zu, aber schlägt vor, die Feinstaubbelastung in Flughäfen als dritte Priorität aufzuführen, da sich dieser Bereich mit den Zuständigkeiten anderer Sektoren überschneide und nicht zur Kerntätigkeit der privaten Sicherheitsdienste gehöre. Anschließend wird über die Bedeutung der verschiedenen Prioritäten diskutiert. Nach Ansicht der GD EMPL sollten der Sozialagenda und dem Kapazitätsaufbau insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten Priorität eingeräumt werden.

¹ http://ec.europa.eu/eu_law/introduction/what_regulation_de.htm

Auf Anfrage von UNI Europa berichtet die GD EMPL über die letzten Entwicklungen beim Europäischen Qualifikationsrat, dessen Hauptziel darin besteht, den Qualifikationsbedarf zu antizipieren.

Fazit: In einer Woche wird eine neue Fassung des Arbeitsprogramms versandt, in der alle formulierten Kommentare berücksichtigt werden. Die GD EMPL wird nach der Konferenz des Europäischen Qualifikationsrates des Textilsektors, die am 6. Dezember 2011 stattfindet, über diese Veranstaltung Bericht erstatten.

4. Multisektorales Projekt zum Thema Gewalt durch Dritte (RESPECT)

CoESS erläutert kurz dieses Projekt, das gemeinsam mit anderen Sektoren (Bildungswesen, Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung und Handel) entwickelt wurde und dessen Ziel darin besteht, das Problem der Gewalt durch Dritte anzugehen.

2011 sind drei regionale Konferenzen organisiert worden, und zwar in London, Rom und Prag. Die Abschlusskonferenz hat am 27. Oktober 2011 stattgefunden; die Eröffnungsrede wurde von CoESS und die Abschlussrede von UNI Europa gehalten. Bei der Konferenz wurden folgende Themen herausgestellt: Ausbildung, Arbeitnehmerbeteiligung, Risikobewertung, Sensibilisierung, gutes System für die Berichterstattung und Nachprüfung, verlässliche Statistiken, Verständnis des Ausmaßes des Problems, Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen im Hinblick auf Arbeitsschutznormen sowie Rechtsbeistand und psychologische Betreuung im Fall von Gewalt durch Dritte.

Ferner wurde das Online-Instrument zur Gefährdungsbeurteilung als ein konkretes Beispiel für die Verbreitung von Ergebnissen genannt.

Fazit: Die Verbreitung über das Online-Instrument zur Gefährdungsbeurteilung soll fortgesetzt werden. Die Sozialpartner erwägen, dieses Instrument als Projekt zur Kofinanzierung vorzuschlagen.

5. Gesundheitsschutz und Sicherheit – OiRA (Online interactive Risk Assessment), das Online-Instrument zur Gefährdungsbeurteilung der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

CoESS präsentiert das Online-Instrument zur Gefährdungsbeurteilung (OiRA), das von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz finanziert wird. OiRA ist ein praktisches Instrument, besonders für KMU, das mit der aktiven Beteiligung von Experten von UNI Europa und CoESS entwickelt wurde. In Spanien wurde eine kleine Arbeitsgruppe der Sozialpartner (Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter) eingerichtet. Das Instrument ist nun relativ gut entwickelt und jetzt gilt es, Vorschläge, Ideen, Kommentare und Kritik einzubringen, so dass es im nächsten Jahr fertig gestellt werden kann. Das Instrument ist auf europäischer Ebene entwickelt worden und kann auf freiwilliger Basis in den Mitgliedstaaten benutzt werden.

Mitglieder von UNI Europa sowie Mitglieder von CoESS aus Finnland, Schweden und den Niederlanden haben einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung dieses Instruments geleistet. Britische Mitglieder von UNI Europa werden ihre Beiträge auch innerhalb der Frist übermitteln.

Fazit: Alle Mitglieder werden ersucht, den Arbeitsschutzexperten von UNI Europa und CoESS Kommentare zu der verteilten pdf-Fassung zu übermitteln, um ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu helfen. Kommentare und Fotografien müssen bis Ende 2011 eingereicht werden. Das Instrument soll im April oder Mai 2012 fertig sein (noch zu bestätigen).

6. Überarbeitung der EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe

Die überarbeiteten Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sollen noch vor Jahresende angenommen werden. Die Sozialpartner, die seit langem für den Grundsatz der

Qualität der Dienstleistung („best value“) bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eintreten, möchten, dass dieser Grundsatz in die neuen Rechtsvorschriften aufgenommen wird. UNI Europa wird sich in Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften und NRO des Netzes für eine sozial verantwortliche öffentliche Auftragsvergabe aktiv beim EP und der Europäischen Kommission dafür einsetzen.

Fazit: Die Kommission/GD EMPL wird überprüfen, wann die Richtlinien angenommen werden sollen, und zur nächsten Sitzung einen Vertreter der GD MARKT einladen. UNI Europa und CoESS könnten gemeinsame Lobbytätigkeiten entwickeln oder eine gemeinsame Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Richtlinien ausarbeiten.

7. Scheinselbständigkeit

Als ersten Schritt zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit haben die Sozialpartner einen Fragebogen an ihre Mitglieder verteilt, um das Ausmaß des Problems zu ermitteln und um festzustellen, ob Scheinselbständigkeit ein allgemeines Problem in Europa darstellt oder sich auf bestimmte Länder beschränkt. Ein klares Problem besteht laut UNI Europa in Malta, in der Tschechischen Republik und in Polen.

CoESS berichtet, Antworten mehrerer Länder empfangen zu haben, wonach Scheinselbständigkeit ein Problem darstelle, aus anderen Ländern wie Deutschland, Irland und Spanien hingegen sei ein Rückgang dieses Phänomens gemeldet worden.

Besonders besorgniserregend sei die Situation in folgenden Bereichen:

- Grundlegende statische Wachdienste;
- Veranstaltungsschutz;
- Streifendienste;
- Personenschutz;
- kommerzielle bemannte Wachdienste;
- Installation von Alarmsystemen;
- Beratungsdienste.

Einzelheiten dazu sind im beigefügten Dokument des CoESS zu finden.

Dusan Davidovic aus Serbien (CoESS) berichtet über den derzeitigen Stand der Scheinselbständigkeit in seinem Land, das aus seiner Sicht ein schwerwiegendes und weit verbreitetes Problem darstelle. Aufgrund niedriger Löhne arbeiten circa 40 % der Arbeitskräfte mit falschen Arbeitsverträgen. Herr Davidovic weist darauf hin, dass der soziale Dialog in Serbien nicht sehr weit entwickelt sei und es notwendig sei, zusammen mit UNI Europa Projekte zu entwickeln und ein Rundtischgespräch über Scheinselbständigkeit in Serbien zu organisieren (mit der Hilfe von CoESS und UNI Europa).

Laila Castaldo (UNI Europa) erklärt, dass es schwierig sei, gemeinsame Projekte der Sozialpartner in Serbien durchzuführen, da UNI Europa in diesem Land keine Mitglieder habe.

Fazit: In einigen Ländern gibt es Probleme im Zusammenhang mit Scheinselbständigkeit.

8. Studie von EUROFOUND zur Repräsentativität

Von der GD EMPL wird bestätigt, dass der Entwurf der Repräsentativitätsstudie am 15. Dezember in Brüssel vorgestellt wird. Die Sozialpartner hätten noch Zeit, Kommentare zu übermitteln.

UNI Europa äußert sich enttäuscht über die Qualität mancher nationalen Berichte und betont, dass ihre maltesische Mitgliedsorganisation GWU, die befugt sei, für die Arbeitnehmer des privaten Sicherheitsgewerbes zu verhandeln, im Rahmen dieser Studie nicht kontaktiert worden sei.

CoESS weist darauf hin, dass ihre Kommentare zu den nationalen Berichten nicht berücksichtigt worden seien. CoESS zeigt sich ebenfalls enttäuscht über die Qualität der erstellten Berichte (so werde dort beispielsweise angegeben, dass die Repräsentativität von APROSER, dem spanischen Arbeitgeberverband des privaten Sicherheitsgewerbes, zum

ersten Mal unter 50 % liege, was falsch sei). Ein klarer Fehler sei bei der Angabe des NACE-Kodes unterlaufen: Für private Sicherheitsdienste laute dieser 80.1. und nicht 80, wie in dieser Studie angegeben.

Fazit: Beide Seiten werden Kommentare übermitteln, die am 15. Dezember zur Diskussion gestellt werden. Die Kommentare werden auch an die GD EMPL für ihre internen Gespräche mit Eurofound übermittelt.

9. Nächste Sitzungen – Bestätigung der Termine 2012

Für die Sitzungen im Jahr 2012 werden folgende Termine bestätigt:

6. März (Dienstag) - Arbeitsgruppe

25. Mai (Freitag) - Arbeitsgruppe

13. November (Dienstag) - Vollsitzung